

# Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

## **Beschlussprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie**

38. Sitzung  
28. März 2019

Beginn: 13.00 Uhr  
Schluss: 17.04 Uhr  
Vorsitz: Frau Abg. Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sind Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam), Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) und Herr Staatssekretär Rackles (SenBildJugFam) anwesend.
- Die Vorsitzende gestattet den Medienvertretern die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gemäß § 5 S. 2 in Verbindung mit § 6 der Anordnung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin über die Sicherheit und Ordnung vom 9. November 2011 (Hausordnung).
- Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die Tagesordnung laut Mitteilung zur Einladung vom 25. März 2019 um folgende Punkte

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke  
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 18/1731  
**Gesetz zum Mittagessen an Schulen**

[0234](#)  
BildJugFam  
Haupt

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke  
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 18/1732  
**Qualitätspaket Schulesen**

[0235](#)  
BildJugFam  
Haupt

zu erweitern. Auf Antrag von Frau Abg. Dr. Lasić (SPD) beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, AfD und FDP, diese Punkte als neue Punkte 4 a) und 4 b) der Tagesordnung zu behandeln. Die Punkte 4 a) bis d) (alt) werden zu den neuen Punkten 6 a) bis d) der Tagesordnung.

### Punkt 1 der Tagesordnung

#### a) **Aktuelle Viertelstunde**

Im Vorfeld der Sitzung wurde folgende schriftliche Frage eingereicht:

„Welchen Plan hat der Senat nach der gescheiterten Ausschreibung für den Bau von 27 Modularen Kitabauten (MoKiBs), um die dringend erforderlichen Plätze so schnell wie möglich zu schaffen?“

(Fraktion Die Linke)

Mündlich werden folgende Fragen gestellt:

- Herr Abg. Weiß (AfD) zieht die im Vorfeld der Sitzung schriftlich eingereichte Frage seiner Fraktion zurück und stellt aus aktuellem Anlass folgende mündliche Frage:

„Im Artikel 3 des Grundgesetzes ist festgehalten, dass niemand aufgrund seiner politischen Anschauung benachteiligt werden darf. Laut dem heutigen Tagesspiegel setzt sich das Gutachten der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie hinsichtlich des Ausschlusses des Kindes eines AfD-Abgeordneten von einer Waldorfschule jedoch nicht hinreichend mit diesem Grundrechtsartikel auseinander. Deshalb fragen wir den Senat, warum kommt das Gutachten der Senatsverwaltung trotz des verbrieften Grundrechts, wegen der politischen Anschauung nicht benachteiligt zu werden, zu dem Ergebnis, dass das Kind eines AfD-Abgeordneten ausschließlich aufgrund der Zugehörigkeit des Abgeordneten zu der AfD von einer Privatschule abgewiesen werden darf?“

(AfD-Fraktion)

- „In Bezug auf die Ausschreibung von MoKiBs frage ich den Senat, wann wird es mit der federführenden Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen geklärt, wann es mit der erneuten Ausschreibung losgehen soll?“

(Fraktion der CDU)

- „Im Hinblick auf die Berichterstattung zum Digitalpakt und zu der Ankündigung der Senatorin Scheeres, im ersten Schritt das bereitgestellte Geld für die Berufsschulen bereits 2019 zu verwenden und an das Glasfasernetz anzuschließen, frage ich den Senat, in welchem Zeitraum findet dieser Anschluss statt und sind die Berufsschulen bereits technisch für diesen Anschluss ausgebaut?“

(Fraktion der FDP)

Nachdem Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) und Herr Duveneck (SenBildJugFam) die Fragen beantwortet haben, schließt der Ausschuss Punkt 1 a) der Tagesordnung ab.

b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) berichtet über den beschlossenen Digitalpakt.

Der Ausschuss schließt Punkt 1 b) der Tagesordnung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0219](#)  
**Zwischenbilanz der Arbeit der Jugendberufsagentur und der BSO-Teams** BildJugFam  
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0170](#)  
**11. Pflichtschuljahr für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag** BildJugFam  
(auf Antrag der AfD-Fraktion)
- c) Antrag der AfD-Fraktion [0177](#)  
Drucksache 18/1221 BildJugFam  
**Gesetz zur Wiedereinführung des 11. Pflichtschuljahres**

Hierzu: Anhörung

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs.

Dem Ausschuss liegt zu Punkt 2 c) der Tagesordnung die Stellungnahme des Senats gemäß § 43 Abs. 1 GGO II vor.

Frau Abg. Remlinger (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 2 a) der Tagesordnung für die antragstellenden Fraktionen.

Herr Abg. Tabor (AfD) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 2 b) sowie den Antrag zu Punkt 2 c) der Tagesordnung.

Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) nimmt hierzu einleitend Stellung.

Es geben Stellungnahmen ab und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Christian Binz, BSO-Koordinator an der Kurt-Tucholsky-Oberschule Berlin-Pankow
- Herr Thoralf Marks, Ansprechpartner für Berufs- und Ausbildungspolitik der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V. (UVB),
- Herr Ronald Rahmig, Vorsitzender des Berufliche Bildung in Berlin Vereinigung der Leitungen berufsbildender Schulen in Berlin e.V. (BBB),
- Frau Cornelia Schwarz, Geschäftsführerin Operativ der Agentur für Arbeit Berlin Süd.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) und Herr Jahnke (SenBildJugFam) Stellung nehmen und Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, diese Punkte zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

#### Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Mädchen und Frauen in technischen und  
handwerklichen Ausbildungsberufen**  
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und  
Bündnis 90/Die Grünen)

[0131](#)  
BildJugFam

Frau Abg. Brychcy (LINKE) begründet den Besprechungsbedarf für die antragstellenden Fraktionen.

Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) nimmt hierzu einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) und Herr Wiechert-Beyerhaus (SenBildJugFam) Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, schließt der Ausschuss die Besprechung ab.

#### Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke  
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 18/1731  
**Gesetz zum Mittagessen an Schulen**

[0234](#)  
BildJugFam  
Haupt

- b) Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 18/1732  
**Qualitätspaket Schulessen**
- [0235](#)  
BildJugFam  
Haupt

Dem Ausschuss liegen zu Punkt 4 a) der Änderungsantrag der Fraktion der CDU (Anlage 1) und der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 2) vor.

Eine Stellungnahme des Sentas gemäß § 43 Abs. 1 GGO II liegt dem Ausschuss zu Punkt 4 a) nicht vor. Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, über den Antrag – Drucksache 18/1731 – trotz Nichtvorliegens dieser Stellungnahme heute abzustimmen.

Frau Abg. Lasić (SPD) begründet die Anträge sowie den Änderungsantrag zu Punkt 4 a) der Tagesordnung für die antragsstellenden Fraktionen.

Frau Abg. Bentele (CDU) begründet den Änderungsantrag zu Punkt 4 a) der Tagesordnung.

Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) nimmt hierzu einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Rackow (SenBildJugFam) Stellung nimmt, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu Punkt 4 a):

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion angenommen.

Im Ergebnis wird der Antrag – Drucksache 18/1731 – mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion mit den zuvor beschlossenen Änderungen angenommen.

Zu Punkt 4 b):

Der Antrag – Drucksache 18/1732 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion angenommen.

Auf Hinweis der Vorsitzenden beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, AfD und FDP die Dringlichkeit der Beschlussempfehlungen zu den Punkten 4 a) und 4 b) der Tagesordnung.

Es ergehen entsprechende dringliche Beschlussempfehlungen an das Plenum.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP	<a href="#">0228</a>
Drucksache 18/1701	BildJugFam
<b>Ausbildungsbotschafterinnen und Ausbildungsbotschafter an alle Berliner Schulen</b>	IntArbSoz(f)

Frau Abg. Dr. Jasper-Winter (FDP) begründet den Antrag.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss auf Antrag von Frau Dr. Jasper-Winter (FDP) einvernehmlich, den Punkt 5 der Tagesordnung zu vertagen.

Punkt 6 (neu) der Tagesordnung

- |  |                      |
|--|----------------------|
| a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  | <a href="#">0096</a> |
| <b>Erhalt, Weiterentwicklung und Ausbau der<br/>Staatlichen Europa-Schule Berlin</b>   | BildJugFam           |
| (auf Antrag der Fraktion der CDU)  |                      |
| <u>Hierzu:</u> Auswertung der Anhörung vom 24.05.2018  |                      |
| b) Antrag der Fraktion der CDU   | <a href="#">0169</a> |
| Drucksache 18/1162   | BildJugFam           |
| <b>Staatliche Europa-Schule Berlin stärken und<br/>ausbauen I: Regelmäßig tagendes<br/>Abstimmungsgremium einrichten</b>               |                      |
| c) Antrag der Fraktion der CDU   | <a href="#">0181</a> |
| Drucksache 18/1265   | BildJugFam           |
| <b>Staatliche Europa-Schule Berlin stärken und<br/>ausbauen II: Zentrale und strategische Steuerung<br/>durch die Senatsverwaltung</b> |                      |
| d) Antrag der Fraktion der CDU   | <a href="#">0182</a> |
| Drucksache 18/1266   | BildJugFam           |
| <b>Staatliche Europa-Schule Berlin stärken und<br/>ausbauen III: Europa-Kitas zertifizieren</b>  |                      |

Zu Punkt 6 a) der Tagesordnung liegt dem Ausschuss das Wortprotokoll der Anhörung vom 24. Mai 2018 vor.

Der Besprechungsbedarf zu Punkt 6 a) wurde bereits in der Sitzung vom 24. Mai 2018 von Frau Abg. Bentele (CDU) begründet.

Frau Abg. Bentele (CDU) begründet die Anträge zu den Punkten 6 b), 6 c) und 6 d) der Tagesordnung.

Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) nimmt hierzu einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss auf Antrag von Herrn Abg. Buchner (SPD) mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, AfD und FDP, diese Punkte der Tagesordnung zu vertagen.

### Punkt 7 (neu) der Tagesordnung

#### **Verschiedenes**

- Herr Abg. Tabor (AfD) zieht folgende Besprechungspunkte seiner Fraktion zurück:

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0114](#)  
BildJugFam  
**Schulbibliotheken und Öffentliche Bibliotheken stärken**  
(auf Antrag der AfD-Fraktion)

Hierzu: Anhörung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0141](#)  
BildJugFam  
**Gestaltung von Schulhöfen**  
(auf Antrag der AfD-Fraktion)

Hierzu: Anhörung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0154](#)  
BildJugFam  
**100 Jahre Waldorfschule**  
(auf Antrag der AfD-Fraktion)

Hierzu: Anhörung

- Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die folgenden Termine für die 1. und 2. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2020/2021:

1. Lesung am Donnerstag, dem 8. August 2019
2. Lesung am Donnerstag, dem 19. September 2019

- Die nächste (39.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 11. April 2019 um 13.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Emine Demirbüken-Wegner

Joschka Langenbrinck



18. Wahlperiode

## **Änderungsantrag**

der Fraktion der CDU

**zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis  
90/Die Grünen, Drs. 18/1731**

### **Gesetz zum Mittagessen an Schulen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag Drs. 18/1731 wird wie folgt geändert:

#### **Gesetz zum Mittagessen an Schulen**

Vom ...

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende **Gesetz beschlossen:**

#### **Gesetz zum Mittagessen an Schulen**

Artikel 1

#### **Änderung des Schulgesetzes**

Das Schulgesetz vom 26. Januar 2004 (GVB1. S. 26), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18.12.2018 (GVB1. S. 710) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

§19 Absatz 7 wird wie folgt geändert:

Nach Satz 1 Nummer 11 wird folgender zweiter Satz eingefügt: „Im Übrigen wird der Senat ermächtigt, das Nähere zur Qualität des Schulmittagessens, zu den für das Schulmittagessen vorzuhaltenden Räumlichkeiten und zu angemessenen Essenszeitfenstern durch Rechtsverordnung zu regeln.“

### ***Begründung***

Das Abgeordnetenhaus hat mit dem Nachtragshaushaltsbeschluss für das Haushaltsjahr 2019 festgelegt, dass mit Beginn des kommenden Schuljahres allen Berliner Schülerinnen und Schülern der Grundstufe ein kostenloses Mittagessen zusteht und der bisher zu leistende Eigenanteil entfällt. Es ist davon auszugehen, dass mit der Einführung der Kostenfreiheit wesentlich mehr Schülerinnen und Schüler das Angebot eines Mittagessens in der Schule in Anspruch nehmen werden. Die Schulen müssen daher in die Lage versetzt werden, dem erhöhten Nutzungsaufkommen zur Essenszeit durch die Vorhaltung entsprechender Räumlichkeiten und eines ausreichenden Platzangebots auch gerecht werden zu können. Die notwendigen Voraussetzungen hierfür sind durch Rechtsverordnung zu regeln.

Berlin, den 19. März 2019

Dregger Bentele  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion der CDU



## Änderungsantrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zum

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Gesetz zum Mittagessen an Schulen – Drucksache 18/1731 –**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag - Drucksache 18/1731 - wird wie folgt geändert:

1. Zwischen dem Wort „Artikel“ und der Ziffer „1“ wird ein Leerzeichen eingefügt.
2. In Artikel 1 wird die Datumsangabe „18.12.2018“ durch „18. Dezember 2018“ ersetzt.
3. In Artikel 1 Nr. 2 a) wird das Wort „zu“ durch das Wort „des“ ersetzt und vor dem Wort „Ganztagsschulen“ die Angabe „§ 19“ eingefügt.
4. Artikel 1 Nr. 2 b) wird wie folgt neu gefasst:

„b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

(3) Alle Schülerinnen und Schüler der Primarstufe, einschließlich der Jahrgangsstufen 1 bis 6 an den Gemeinschaftsschulen sowie der Jahrgangsstufen 5 und 6 an den Gymnasien und den Integrierten Sekundarschulen, erhalten ein kostenbeteiligungsfreies Mittagessen. Im Übrigen erhalten die Schülerinnen und Schüler auf eigene Kosten ein Mittagessen.“

5. Artikel 1 Nr. 2 c) wird wie folgt neu gefasst:

„c) Absatz 7 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 erster Teilsatz wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt, und nach dem Wort „Ganztagsschule“ werden die Wörter „und des Mittagessens“ eingefügt.

bb) In Nummer 11 werden nach dem Wort ‚sowie‘ die Angaben ‚vorbehaltlich Satz 2‘ eingefügt.

cc) Folgender Satz 2 wird angefügt: „Der Senat wird ermächtigt, das Nähere zur Qualität des Schulmittagessens durch Rechtsverordnung zu regeln.“

6. In Artikel 2 wird die Datumsangabe „18.12.2018“ durch „18. Dezember 2018“ ersetzt.

7. In Artikel 2 Nr. 2 wird das Wort „gestrichen“ durch das Wort „aufgehoben“ ersetzt.

8. Artikel 3 wird wie folgt geändert:

a) Die Worte „Verordnung über die Beteiligung an den Kosten für ein in Tageseinrichtungen, der Kindertagespflege und in außerunterrichtlichen schulischen Betreuungsangeboten im Angebot enthaltenes Mittagessen“ werden durch das Wort „Mittagessensverordnung“ ersetzt.

b) Vor dem Wort „Für“ werden die Angabe „§ 2“ und die Überschrift „Kostenbeteiligung für ein Mittagessen in der Ganztagsschule der Primarstufe in der offenen Form“ eingefügt.

9. Artikel 4 wird wie folgt geändert:

a) Die Angaben „Verordnung über den Bildungsgang der Grundschule (“ und „-GsVO)“ werden gestrichen.

b) Hinter der Datumsangabe „19. Januar 2005“ wird die Angabe „(GVBl. S. 16, 140)“ eingefügt.

c) Die Datumsangabe „03.08.2018“ wird durch „3. August 2018“ ersetzt.

10. Artikel 5 wird wie folgt geändert:

a) Die Worte „Die Änderungen treten“ werden durch die Worte „Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich Satz 2“ ersetzt.

b) Folgender Satz wird angefügt: „Artikel 1 Nummer 2 Buchstabe a) und c) treten am Tag nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.“

Berlin, den 27.03.2019

Saleh  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion der SPD

Bluhm U. Wolf  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion Die Linke

Kapek Gebel  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen